

62121-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Öffentlicher Verkehr (Straße) – Vergabeverfahren Regionalbusverkehr im Linienbündel "MTK-Ost"

OJ S 19/2026 28/01/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: MTV Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH

E-Mail: geschaeftsfuehrung@mtv-web.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabeverfahren Regionalbusverkehr im Linienbündel "MTK-Ost"

Beschreibung: Gegenstand des Vergabeverfahrens sind die Leistungen der öffentlichen Personenbeförderung im Buslinienverkehr und Bedarfsverkehr.

Personenbeförderungsleistungen im Linienbündel „MTK-Ost“, das nachfolgende Linien umfasst: 252 Weißkirchen Steinbach Niederhöchstadt – Eschborn 803 Königstein Kurbad – Bad Soden – Sulzbach MTZ 810 Hofheim Bf. Krißfeld Sulzbach MTZ Eschborn Schwalbach /Limes Bahnhof 810A Bad Soden – Eschborn 812 Hofheim Bf. Liederbach Bad Soden Schwalbach Limes Bahnhof 813 Eschborn Südbahnhof Eschborn Gewerbegebiet Süd 814 Niederhofheim Höchster Straße – Sulzbach MTZ 825 AST Eschborn Nord Süd Die Verpflichtung zur Bedienung der Linien 810 und 812 endet am 30.06.2028 und wechselt ab dem 01.07.2028 vom Betreiber des Linienbündels MTK-Ost zum Betreiber des Linienbündel MTK-Süd. Der dem Angebot zu Grunde liegende Leistungsumfang der ausgeschriebenen Linien ergibt sich aus den Fahrplänen (Anlage 1 zur Leistungsbeschreibung).

Kennung des Verfahrens: 288560f9-cb86-419a-9908-11d7d7029d2e

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60112000 Öffentlicher Verkehr (Straße)

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Der erfolgreiche Bieter schließt mit Zuschlagserteilung mit dem Auftraggeber einen Verkehrsvertrag ab. Mit Zuschlagserteilung werden auch alle weiteren Bestandteile / Anlagen der Leistungsbeschreibung Gegenstand des jeweiligen Auftrags. Darunter fallen auch die Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und

Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Hessen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Es gelten die Ausschlussgründe der §§ 123, 124 GWB. Darüber hinaus berücksichtigt der Auftraggeber die §§ 19 Abs. 3 MiLoG, 21 Abs. 3 AEntG, 21 SchwarzArbG, 98c AufenthaltsgG und 22 LkSG, nach denen Unternehmen von der Teilnahme an Wettbewerben zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden können. Zudem hat der Bieter zu erklären, dass er keinen der in § 1 Abs. 2 Sätze 1 bis 3 PBZugV aufgezählten Verstöße begangen hat. Daneben ist nach Art. 5 k) VO (EU) Nr. 833/2014 i.d.F. des Art. 1 Ziff. 22 der VO (EU) 2023/1214 des Rates vom 23.06.2023 (nachfolgend VO (EU) Nr. 833/2014) die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen, die ihren Sitz in Russland haben oder einen anderweitigen dortigen Bezug zu Russland aufweisen, angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, seit dem 09.04.2022 verboten. Angebote von Bieter, die einen in Art. 5 k) VO (EU) Nr. 833/2014 genannten Bezug zu Russland aufweisen, werden daher vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Zu diesen Ausschlussgründen haben Bieter Erklärungen abzugeben. Hierfür haben die Bieter die den Vergabeunterlagen beiliegenden Formblätter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen. Bei Bietergemeinschaften sind diese Erklärungen von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. Beruft sich ein Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf einen Dritten, sind die Formblätter auch bezogen auf den Dritten auszufüllen, vom Dritten zu unterschreiben und dem Angebot beizufügen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Linienbündel MTK-Ost

Beschreibung: Gegenstand des Vergabeverfahrens sind die Personenbeförderungsleistungen im Linienbündel „MTK-Ost“, das nachfolgende Linien umfasst: 252 Weißkirchen Steinbach Niederhöchstadt – Eschborn 803 Königstein Kurbad – Bad Soden – Sulzbach MTZ 810 Hofheim Bf. Krißfeld Sulzbach MTZ Eschborn Schwalbach/Limes Bahnhof 810A Bad Soden – Eschborn 812 Hofheim Bf. Liederbach Bad Soden Schwalbach Limes Bahnhof 813 Eschborn Südbahnhof Eschborn Gewerbegebiet Süd 814 Niederhofheim Höchster Straße – Sulzbach MTZ 825 AST Eschborn Nord Süd Die Verpflichtung zur Bedienung der Linien 810 und 812 endet am 30.06.2028 und wechselt ab dem 01.07.2028 vom Betreiber des Linienbündels MTK-Ost zum Betreiber des Linienbündel MTK-Süd.

Interne Kennung: LOT-0001 E89824174

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60112000 Öffentlicher Verkehr (Straße)

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Außerdem hat der Auftraggeber während der Vertragslaufzeit das Recht am Fahrplan Zu-, Ab- und Umbestellungen vorzunehmen. Zudem kann der

Auftraggeber verlangen, dass die auf den vertragsgegenständlichen Linien nach der Leistungsbeschreibung einzusetzenden Fahrzeuge soweit technisch machbar mit weiteren Ausstattungsmerkmalen aus- bzw. nachgerüstet werden. Näheres zum Vorgenannten regeln die Vergabeunterlagen.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: .

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 13/12/2026

Enddatum der Laufzeit: 13/12/2036

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Dienstleistungen der Personenbeförderung auf der Straße

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärung des Bieters, dass der Bieter über wirtschaftliche Mittel in einem solchen Umfang verfügt, dass diese zur Erfüllung seiner laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag ausreichen werden und dass der Bieter dies im Falle einer eventuell in der Phase der Prüfung und Wertung der Angebote erfolgenden entsprechenden Anforderung des Auftraggebers durch Einreichung entsprechender Unterlagen im Sinne der Absätze 4 und 5 des § 45 VgV unverzüglich nachweisen kann. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung der Auftraggeber anzunehmen ist, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag verfügt und ggf. auftretende Vorlaufkosten und Anlaufverluste aufgefangen werden können.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bewerber gilt als technisch und beruflich leistungsfähig, wenn anzunehmen ist, dass er über die speziellen Sachkenntnisse und Erfahrungen verfügt, die zur Durchführung der vergabegegenständlichen ÖPNV-Leistungen erforderlich sind und wenn zudem davon ausgegangen werden kann, dass er die Geschäfte eines Busunternehmens unter Beachtung der für die Personenbeförderung geltenden

Vorschriften führen sowie die Allgemeinheit beim Betrieb der Buslinien vor Schäden und Gefahren bewahren wird und auch die sonstigen für ihn einschlägigen Rechtsvorschriften beachtet. Mindestanforderungen: Die Bewerber haben zum Beleg ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mit dem Teilnahmeantrag mindestens eine Referenz über ausgeführte ÖPNV-Dienstleistungen vorzulegen, die mit der im hiesigen Verfahren zu vergebenden Leistung eines hochwertigen Busverkehrs vergleichbar ist. Vergleichbar in diesem Sinne sind „Qualitätsprodukte im straßengebundenen ÖPNV“ verstanden als : • Stadtbus-Verkehre in Klein- und Mittelstädten, welche mit Niederflurbussen in einer Bedienungsqualität tagesdurchgängig mindestens im Halbstundentakt verkehren, • Stadt- oder Nachbarortlinien in Großstädten, die mit Niederflurbussen tagesdurchgängig mindestens im Stundentakt bedient werden, • Regionalbus- oder Schnellbus-Verkehre, die mit Niederflurbussen eine Qualität in der tagesdurchgängigen Bedienung mindestens im Stundentakt aufweisen. Der Referenzverkehr muss als Mindestanforderung folgende Kriterien erfüllen (die nachfolgenden Kriterien müssen kumulativ erfüllt werden): • Durchführung dieses Referenzverkehrs vom Bewerber mindestens über fünf abgeschlossene Jahre ohne Unterbrechung (letztes der 5 Jahre nicht vor 2021) zum Zeitpunkt der Absendung der Bekanntmachung; • Leistungsumfang: mindestens 5 Fahrzeuge (Midibusse oder größer), • Leistungsmenge: mindestens 250.000 Fahrplan-km pro Jahr, • vollständige und tagesdurchgängige Erbringung (Mo-Fr mind. 8 Stunden täglich) durch den Bewerber. Der Bewerber muss die Durchführung mindestens eines Verkehrs für einen Aufgabenträger oder einen Genehmigungsinhaber bzw. einen Betriebsführer nachweisen. Der Auftraggeber behält sich vor, beim Auftraggeber des Referenzverkehrs Erkundigungen über die Durchführung der angegebenen Verkehre einzuholen. Die Nachweise sind im Wege der Eigenerklärung zu erbringen, unter Angabe der dortigen Parameter. Im Falle der Abgabe eines Teilnahmeantrags durch eine Bewerbungsgemeinschaft ist es für die Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Bewerbungsgemeinschaft ausreichend, wenn die Anforderungen in der Summe der Bewerbungsgemeinschaftsmitglieder erfüllt werden. Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines Mitglieds / einzelner Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft reicht / reichen zur Annahme der Eignung der Bewerbungsgemeinschaft allerdings nur aus, wenn dieses Mitglied / diese Mitglieder nach der internen Arbeitsverteilung der Bewerbungsgemeinschaft für die Durchführung der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen zuständig sein soll / sollen. Dies ist mit dem Teilnahmeantrag darzulegen, wenn entsprechende Nachweise nur für ein Mitglied / einzelne Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft vorgelegt werden.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bewerber können sich zum Nachweis ihrer wirtschaftlichen und finanziellen sowie ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten Dritter berufen, wenn sie nachweisen, dass die für den Auftrag erforderlichen Mittel dem Bewerber während der gesamten Vertragslaufzeit tatsächlich und unwiderruflich zur Verfügung stehen. Der Nachweis hierüber ist durch eine Vereinbarung mit dem Dritten, auf dessen Kapazitäten der Bewerber sich beruft, oder durch eine Verpflichtungserklärung des Dritten zu erbringen, aus der hervorgeht, dass dem Bewerber tatsächlich die für den Auftrag erforderlichen Mittel des Dritten zur Verfügung stehen werden (soweit die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Rede steht) bzw. dass der Bewerber tatsächlich über die Fachkunde und die Erfahrungen des Dritten verfügen kann (soweit es um die technische und berufliche Leistungsfähigkeit geht). Wenn sich ein Bewerber im Hinblick auf die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung auf Kapazitäten Dritter beruft, muss in der Vereinbarung bzw. der Verpflichtungserklärung zudem geregelt sein, dass das Personal des Dritten, das über die mit den für diesen vorzulegenden Referenzen erlangte Erfahrung verfügt, bei der vergabegegenständlichen Leistung eingesetzt wird. Die

Vereinbarung bzw. die Verpflichtungserklärung darf von dem Dritten nicht einseitig aufgelöst /widerrufen werden können. Dies muss dem Wortlaut der Vereinbarung bzw. der Verpflichtungserklärung zu entnehmen sein. Wenn sich Bewerber zum Nachweis ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten Dritter berufen, hat sich der Dritte zudem zu Gunsten des Auftraggebers in einer gesonderten und ebenfalls unwiderruflichen Verpflichtungserklärung zu einer Haftung für die Auftragsausführung gemeinsam mit dem Bewerber in dem Umfang bereit zu erklären, in dem er dem Bewerber die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Auch diese Erklärung ist dem Angebot Teilnahmeantrag beizufügen. Hat der Bewerber sich zum Beleg seiner wirtschaftlichen und finanziellen oder seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf diejenige eines Dritten berufen, überprüft der Auftraggeber im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe für diese Unternehmen vorliegen. Die entsprechenden Nachweise und Erklärungen nach diesem Abschnitt sind dem Angebot in diesem Fall auch für den jeweiligen Dritten beizufügen. Der Einsatz von Nachunternehmern ist grundsätzlich zugelassen. Plant der Bewerber für Leistungen, für die eine Selbstaussführung nicht angeordnet ist, den Einsatz von Nachunternehmen, ist dies der Auftraggeberin bei der Abgabe des Angebotes durch die Angabe in den Vordrucken mitzuteilen. Beabsichtigt der Bewerber bereits bei Abgabe des Teilnahmeantrags die Übertragung von Fahrbetriebsleistungen auf konkret benannte Subunternehmer, sind die Nachweise auch für die bei Abgabe des Angebotes vorgesehenen Subunternehmer zu erbringen. Die nachträgliche Einschaltung oder der Wechsel eines Subunternehmers für diese Leistungen bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Die Abgabe eines Teilnahmeantrags durch eine Arbeitsgemeinschaft oder andere gemeinschaftliche Bewerber (im Folgenden: Bewerbergemeinschaften) ist vorbehaltlich etwaiger wettbewerbsbeschränkender Absprachen zugelassen. Die Bewerbergemeinschaft muss im Angebot ihre Mitglieder bezeichnen und in den Vordrucken einen uneingeschränkt bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages benennen, der stellvertretend für sämtliche Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Ansprechpartner dient.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das Angebot mit dem niedrigsten Wertungspreis erteilt.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 05/03/2026 06:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E89824174>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E89824174>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 16/03/2026 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber kann fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen oder Angaben nach Maßgabe des § 56 VgV nachfordern.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 16/03/2026 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Bewerber hat mit seinem Angebot die Erklärung nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) - in der Fassung des letzten Änderungsgesetzes vom 12.07.2021 (GVBl. S. 338) - abzugeben. Die Erklärung findet sich in den Vordrucken. Eine Liste der als repräsentativ festgestellten Tarifverträge ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.had.de/vergabestellen-tarifvertraege.html>

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Nachprüfungsantrages zur Vergabekammer gemäß §§ 160 GWB wird hingewiesen, namentlich auf die Regelung des § 160 Abs. 3 GWB, die folgenden Wortlaut hat: " (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt." Der Nachprüfungsantrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten (§ 161 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: MTV Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: MTV Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: MTV Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH
Organisation, die Angebote bearbeitet: MTV Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: MTV Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH
Registrierungsnummer: t.:061922002621
Postanschrift: Am Untertor 6
Stadt: Hofheim
Postleitzahl: 65719
Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)
Land: Deutschland
E-Mail: geschaeftsfuehrung@mtv-web.de
Telefon: 0 61 92 9 51 09 20
Internetadresse: <https://www.mtv-unternehmen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Registrierungsnummer: tel.:06151 126603
Postanschrift: Luisenplatz 2
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 444428ae-009f-41b0-990d-2c34e781d328 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/01/2026 23:36:13 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 62121-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 19/2026

Datum der Veröffentlichung: 28/01/2026